

**Ekkehart Schlicht**

## **DAS STAGFLATIONSPROBLEM UND EUROPA**

### **1. Arbeitslosigkeit, Stagflation und Europäische Einigung**

Die westlichen Industriestaaten kämpfen seit einigen Jahrzehnten mit dem Problem der Arbeitslosigkeit. Expansive Maßnahmen führen zwar zu einer besseren Kapazitätsauslastung und zu höherer Beschäftigung, aber zugleich auch zu Inflationsschüben, die dann zu kontraktiven Maßnahmen zwingen, selbst wenn noch keine Vollbeschäftigung erreicht ist. Eine Beschäftigungssteigerung durch Nachfrageexpansion ist so letztlich unmöglich, denn es würde sich eine akzelerierende Inflation ergeben, die dann Restriktionsmaßnahmen und eine noch höhere Arbeitslosigkeit erzwingen würde. Das Grundproblem ist also das der Stagflation: Schon bei hoher Arbeitslosigkeit gibt es Inflationstendenzen, die eine restriktive Politik erzwingen und eine Beschäftigungssteigerung durch Nachfrageausweitung – egal ob monetär, staatlich, privat oder vom Ausland getrieben – unmöglich machen.

Diese Phänomene treten bereits bei Unterauslastung der Kapazitäten – und nicht erst bei Vollauslastung – auf. Es besteht damit keine Notwendigkeit zu Kapazitätsausweitungen, die angebotsseitig das Stagflationsproblem mildern könnten. Das Stagflationsphänomen hindert uns an effektiver Vollbeschäftigungspolitik.

Ich möchte im folgenden argumentieren, daß diese Prozesse auf eine Entkoppelung von Lohnbildung und Arbeitslosigkeit zurückzuführen sind:

- Die Zahl der Arbeitslosen ist im Industriebereich weitgehend irrelevant für die Lohnbildung und Lohnfindung geworden.
- Auf die Dauer entwickeln sich bei jeder Höhe der Arbeitslosigkeit Tendenzen zur Lohninflation („autonome Lohninflation“)
- Diese Inflationstendenzen erzwingen restriktive wirtschaftspolitische Maßnahmen.

Im Zusammenhang mit der europäischen Einigung erwarte ich deshalb:

- Keine Entspannung der Lohnbildung in den reicheren Ländern, da die Lohnbildung weitgehend vom Arbeitsangebot entkoppelt ist.

- Eine Erhöhung des Lohndrucks in den ärmeren Ländern, da die Konsequenzen hoher Lohnforderungen durch Subventionierung aufgefangen werden: (Die Integration der DDR kann hier zum Vergleich herangezogen werden.)

Die Argumentation beruht auf meiner Sicht der Lohnbildung, die ich im folgenden kurz skizziere.

## 2. Die Entkopplung von Arbeitslosigkeit und Lohnbildung<sup>1</sup>

Die Zahl der Arbeitslosen hat keinen nennenswerten Einfluß auf die Lohnbildung. Dies liegt im wesentlichen daran, daß die Lohnbildung vorwärtsgerichtet ist: Die Unternehmen setzen Löhne so, daß die eingearbeiteten Mitarbeiter die Unternehmung nicht verlassen wollen und daß die einzelne Unternehmung gegenüber anderen Unternehmungen in ihrer Lohnbildung konkurrenzfähig ist. Die Löhne dienen nicht der Attrahierung hinreichend vieler geeigneter Bewerber, sondern orientieren sich an den Alternativen, die den bereits Beschäftigten offenstehen.

Deshalb sind die Angebotsbedingungen für die Lohnbildung weitgehend unerheblich. Sie spielen nur insofern eine Rolle, als sie die alternativen Beschäftigungschancen der bereits Beschäftigten beeinflussen. Einem Bewerber, der anderweitig eine Anstellung hat, wird aber gegenüber einem arbeitslosen Bewerber aus verschiedenen Gründen der Vorzug gegeben, insbesondere dann, wenn der Arbeitslose schon längere Zeit arbeitslos war. Dann ist er kein effektiver Konkurrent mehr für die Beschäftigten, die nach Aufstiegschancen suchen. Ferner verlangen die meisten Tätigkeiten Berufserfahrung. Bei Arbeitslosigkeit ist die Zahl der Bewerber mit entsprechender Berufserfahrung entsprechend reduziert. Gleichgültig, wie hoch die Arbeitslosigkeit ist, wird sich doch auf die Dauer die Zahl der Kandidaten für einen Abteilungsleiterposten nach der Zahl der Beschäftigten in den entsprechenden Abteilungen, also nach der Kontrollspanne, richten und unabhängig von der Arbeitslosigkeit sein.

Änderungen der Beschäftigung bedingen dagegen Lohnbewegungen: Wenn die Beschäftigung ausgeweitet wird, verbessern sich die Aufstiegschancen der Beschäftigten, und zwar unabhängig vom Niveau der Arbeitslosigkeit. Um die Belegschaftsmitglieder am Abwandern zu hindern, müssen deshalb in einer solchen Phase gute Bedingungen geboten werden.

<sup>1</sup> Siehe Ekkehart Schlicht, „Stagflation – wie kommt sie zustande und was kann man tun?“, Ifo-Schnelldienst 12 (April 1994), S. 7–10 für eine ausführliche wirtschaftspolitische Diskussion der folgenden Überlegungen.

Umgekehrt werden selbst bei geringer Arbeitslosigkeit die Aufstiegsmöglichkeiten bei Beschäftigungsrückgang schlechter, denn die Zahl der zu besetzenden Stellen ist dann sehr klein. Insgesamt wird die Lohnbewegung also von der Änderung der Beschäftigung, aber nicht vom Niveau der Arbeitslosigkeit abhängen. Das finden wir auch in den Statistiken bestätigt.

### **3. Autonome Lohninflation**

Aufgrund der technologischen Entwicklungen ist der Anteil der Arbeiter und generell der ausführender Tätigkeiten im Industriebereich in den reicheren Ländern drastisch zurückgegangen. Repetitive Tätigkeiten, die wenig Einarbeitung und wenig kognitive Leistung erfordern, lassen sich leicht automatisieren. Das erhöht den Anteil der Tätigkeiten, die hohe Einarbeitungskosten und ausreichende Motivation erfordern. Um die Fluktuation zu kontrollieren und die Motivation zu stärken, lohnt es sich für die Unternehmungen, übertariflich zu entlohnen. Jede Unternehmung versucht sozusagen, bessere Bedingungen zu bieten als die Konkurrenz. Im Prinzip führt dieses Lohnsetzungsverhalten zu ständig steigenden Löhnen, da die Unternehmungen versuchen, sich gegenseitig zu überbieten. Lediglich bei Beschäftigungsrückgang besteht die Abwanderungsgefahr nicht mehr, und der Überbietungsprozeß ist gestoppt.

Ich nenne die These, daß sich bei jeder Arbeitslosigkeit auf die Dauer Lohnsteigerungen ergeben, die These von der autonomen Lohninflation.

Auf die Dauer setzen sich Lohnsteigerungen in Preissteigerungen um. Effektive Inflationskontrolle würde deshalb eine ständig steigende Arbeitslosigkeit erfordern.

Diese These bezieht sich im europäischen Rahmen auf die reicheren Länder und gilt nur in stark abgeschwächter Form für die ärmeren Länder, da die Produktionsbedingungen dort noch nicht zu entsprechenden Lohnbildungsproblemen führen.

### **4. Konsequenzen für den europäischen Arbeitsmarkt**

Man könnte denken, daß die Integration der europäischen Arbeitsmärkte zwar in den ärmeren Ländern zu einer Erhöhung des Lohnniveaus führen wird, dafür aber wegen der Verschärfung der Konkurrenz geringere Lohnsteigerungen in den reicheren Ländern eintreten werden. Dies könnte dann die Möglichkeit einer expansiven

Politik eröffnen und uns Hoffnung geben, daß durch Kapazitätsausbau letztlich das Arbeitslosigkeitsproblem gemildert wird.

Wenn aber die Lohnbildung in den reichen Ländern weitgehend von den Angebotsbedingungen entkoppelt ist, wie ich argumentiert habe, wird sich nur der negative Effekt einstellen: Wir müssen Lohnsteigerungstendenzen in den ärmeren ohne Lohnsenkungstendenzen in den reicheren Ländern erwarten. Politisch ergibt sich daraus die Notwendigkeit von Transferzahlungen und insgesamt von restriktiven Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung.

Insgesamt erwarte ich mittel- bis langfristig aus der europäischen Einigung eine Verschärfung der Inflationsproblematik.

## **5. Wirtschaftspolitische Maßnahmen**

In welche Richtung kann man gehen, um das Stagflationsproblem zu entschärfen? Wichtig ist, zu erreichen, daß die Reallöhne in den verschiedenen Ländern sich nicht zu schnell angeglichen werden. Die traditionellen Lohnsetzungsmechanismen können dies nicht leisten. Die Gewerkschaften müssen aus internen politischen Gründen auf schnelle Lohnangleichung drängen. Das erzeugt Strukturkrisen und erzwingt Transferzahlungen im Arbeitsmarktbereich, die sich angesichts der vielen Transferzahlungen in anderen Bereichen – insbesondere im Agrarbereich – kaum verbieten oder unterbinden lassen werden. Letztlich müssen Institutionen geschaffen werden, die für eine richtige Lohnbildung sorgen – richtig in dem Sinne, daß kosteninduzierte Preisinflation vermieden wird. Eine ständig steigende Arbeitslosigkeit – und nur eine solche hält in den reicheren Ländern die Inflation unter Kontrolle – ist ein zu hoher Preis für Preisniveaustabilisierung.

Eine theoretische Möglichkeit wäre, Löhne regionenspezifisch zu indexieren und über politische Mechanismen die Indexierung zu steuern, ähnlich wie politische Instanzen gegenwärtig mittelbar über die Steuerung der Beschäftigung die Inflation kontrollieren.

Es erscheint fast unmöglich, entsprechende Institutionen zu entwerfen, aber dennoch müssen wir dies versuchen. Die unklare Lage im Bereich der monetären Einigung in Europa erschwert das Problem.